www.wirtschaftsmuseum.at
www.staedtebund.gv.at

DIE STADT

AUFGABEN – FINANZIERUNG – HERAUSFORDERUNGEN

Eine Information des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums
im Auftrag des Österreichischen Städtebundes

100 JAHRE
Österreichischer Städtebund

wirtschaftsmuseum

Foto: Hubert Dimko/PID

Dr. Michael Häupl
Bürgermeister und Landeshauptmann, Wien

Foto: mediendienst.com; Wilke

OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär, Österreichischer Städtebund

Österreichischer Städtebund

100 Jahre Österreichischer Städtebund

Die Stadt ist das Labor der Gesellschaft. Immer schon haben soziale und wirtschaftliche Veränderungen ihren Ausgang in den Städten des jeweiligen Landes genommen. Das gilt für Industrie und Handel, das gilt für Wissenschaft, Bildung und Forschung. Und das gilt für die vielfältigen Lebensstile, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Städte sind der mobilste Sektor der Gesellschaft, sie sind Vorreiterinnen der kulturellen Mobilität.

Bereits früh in der Geschichte haben sich Städte zu Gemeinschaften zusammengeschlossen und verbündet, um ihre Interessen gegenüber Staaten durchzusetzen, oder gewonnene Freiheiten für ihre Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Vor 100 Jahren, im September 1915, wurde der Österreichische Städtebund als permanente Interessenvertretung gegründet.
Seither hat sich der Österreichische Städtebund laufend weiterentwickelt. Trotz wechselnder politischer Rahmenbedingungen ist es immer oberstes Ziel gewesen, die Interessen der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger redlich zu vertreten, um lebenswerte Städte garantieren zu können.

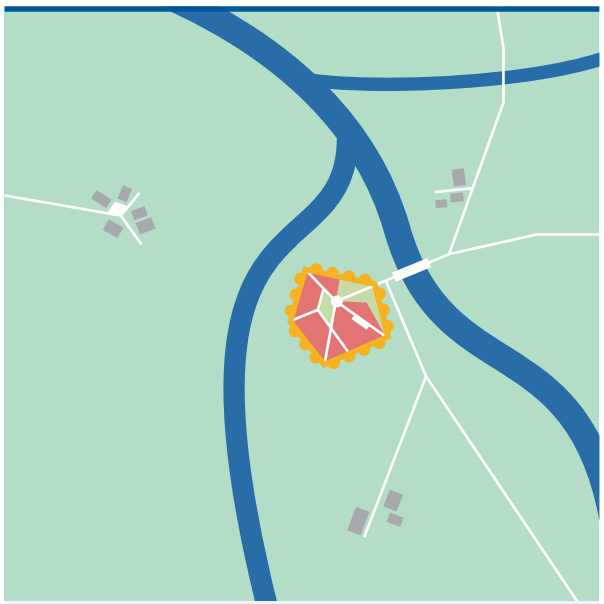
Das 100-Jahr-Jubiläum ist Anlass für die vorliegende Publikation, die die wichtige Bedeutung der Städte für unser Land aufzeigt. So werden einerseits die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, die Städte zu meistern haben, gezeigt. Andererseits wird erklärt, wie sich die Städte finanzieren, um alle diese Aufgaben bewältigen zu können. Denn nur so können Österreichs Städte auch im 21. Jahrhundert Orte des friedlichen Zusammenlebens bleiben und die hohe Lebensqualität erhalten bzw. noch ausbauen.

Diese Publikation soll nicht nur Fragen beantworten, sondern vor allem Neugier auf das „Labor Stadt“ machen.

GRÜNDUNG UND RÄUMLICHE ENTWICKLUNG

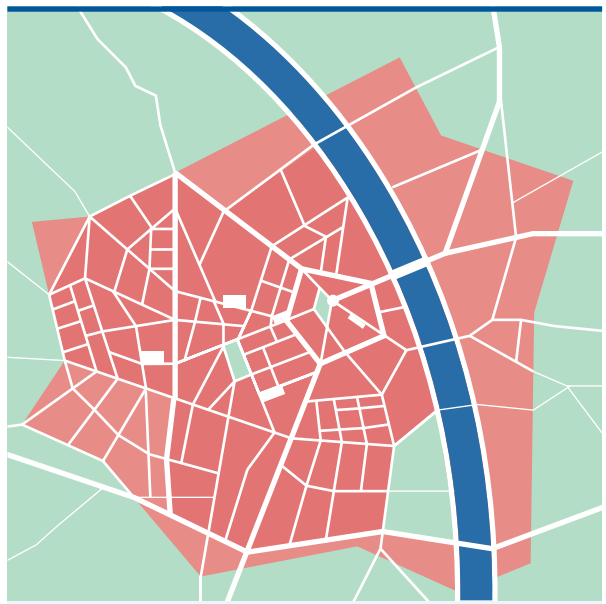
Siedlungsgründung

- topografische Lage an Flüssen, Seen
- Lage an Handelswegen, Kreuzungen
- Vorkommen von Bodenschätzen
- klimatische Gegebenheiten
- militärstrategische Lage



Die mittelalterliche Stadt

- Schutzfunktion durch Burgen und Stadtmauern
- Handelsfunktion durch Märkte
- Verwaltungsfunktion durch Herrschaftssitze
- Beschäftigungsfunktion durch Zünfte
- Verleihung des Stadtrechtes



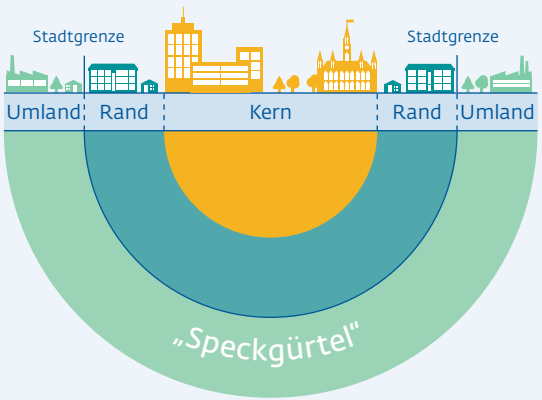
Die neuzeitliche Stadt

- Flussregulierung – Hochwasserschutz
- Industrialisierung
- Stadt- und Verkehrsplanung
- Eingemeindungen, Stadtregionen
- Smart City

Erste städtische Siedlungen entstanden bereits vor ca. 5.000 Jahren in Vorderasien, Ägypten, Mesopotamien und im Gebiet des heutigen Iran. Aus den unterschiedlichsten Gründen – etwa klimatische Veränderungen, feindliche Übergriffe, Naturkatastrophen – erfolgte in den folgenden 2.000 Jahren eine Ausbreitung städtischer Kulturen nach Ost und West. In Österreich wurden einige Städte durch die Römer gegründet.

MERKMALE EINER STADT – Beispiele

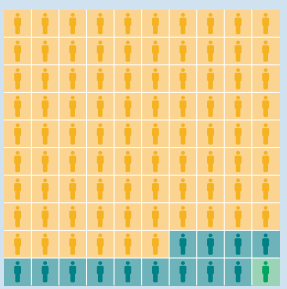
Bebauungsstruktur



- hohe Bebauungsdichte
- geschlossene Ortsform
- Unterschiede: Kern/Rand
  - Wohnstätten
  - Arbeitsstätten
  - Wohnungskosten
  - Lebenshaltungskosten

Erwerbsstruktur

Von 100 Stadtbewohner/innen arbeiten [1]:



86 (Österreich Ø 72) im Tertiären Sektor

13 (Österreich Ø 24) im Sekundären Sektor

1 (Österreich Ø 4) im Primären Sektor

- **Tertiärer Sektor:** Dienstleistungsbereich
- **Sekundärer Sektor:** Herstellung von Waren, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Bauwesen
- **Primärer Sektor:** Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei

[1] *Beispiel Wien, Stand 2010.*

Bevölkerungsstruktur

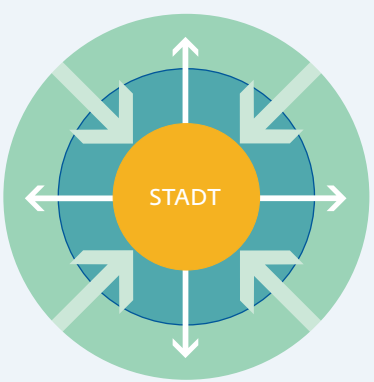
Von 10 Haushalten in Österreich sind:

6 Ein- u. Zwei-Personen-Haushalte

3 Kleinfamilien **1** Großfamilie

- **Ein- und Zwei-Personen-Haushalte:** Sehr hoher Anteil in Städten
- **Kleinfamilien:** Hoher Anteil in Städten
- **Großfamilien:** Geringer Anteil in Städten

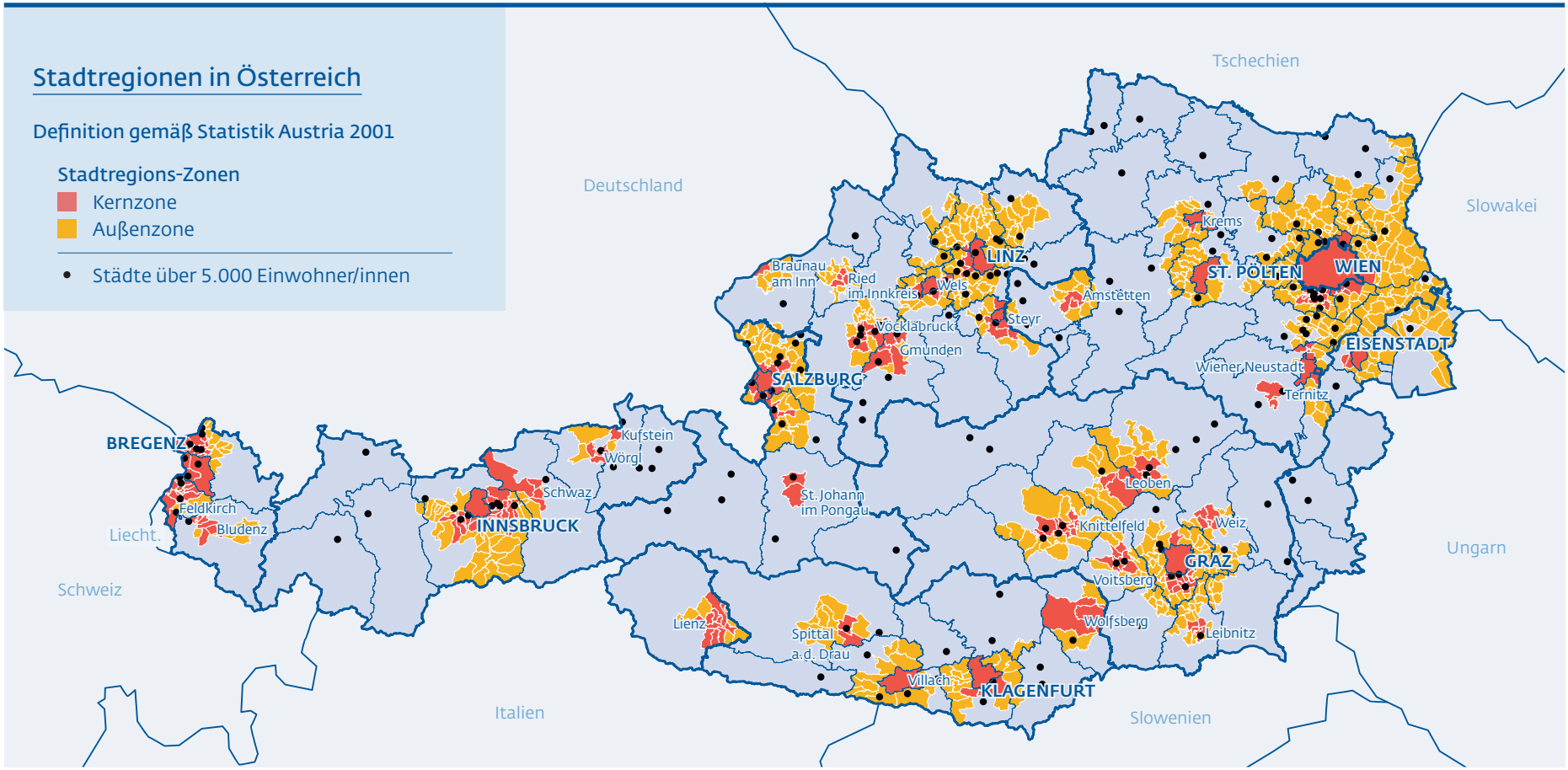
Zentralörtliche Funktion



Städte erfüllen eine zentralörtliche Funktion für eine Stadtregion:
Verflechtung Stadt – Land nimmt zu

- Angebot an Arbeitsplätzen, Gesundheitseinrichtungen, Kultur und Freizeit
- Wachstum der Stadtregionen durch Zuzug; hohes Pendler/innenaufkommen
- Verkehrsinfrastruktur: Straßennetz, öffentliche Verkehrsmittel, Verkehrsknotenpunkt

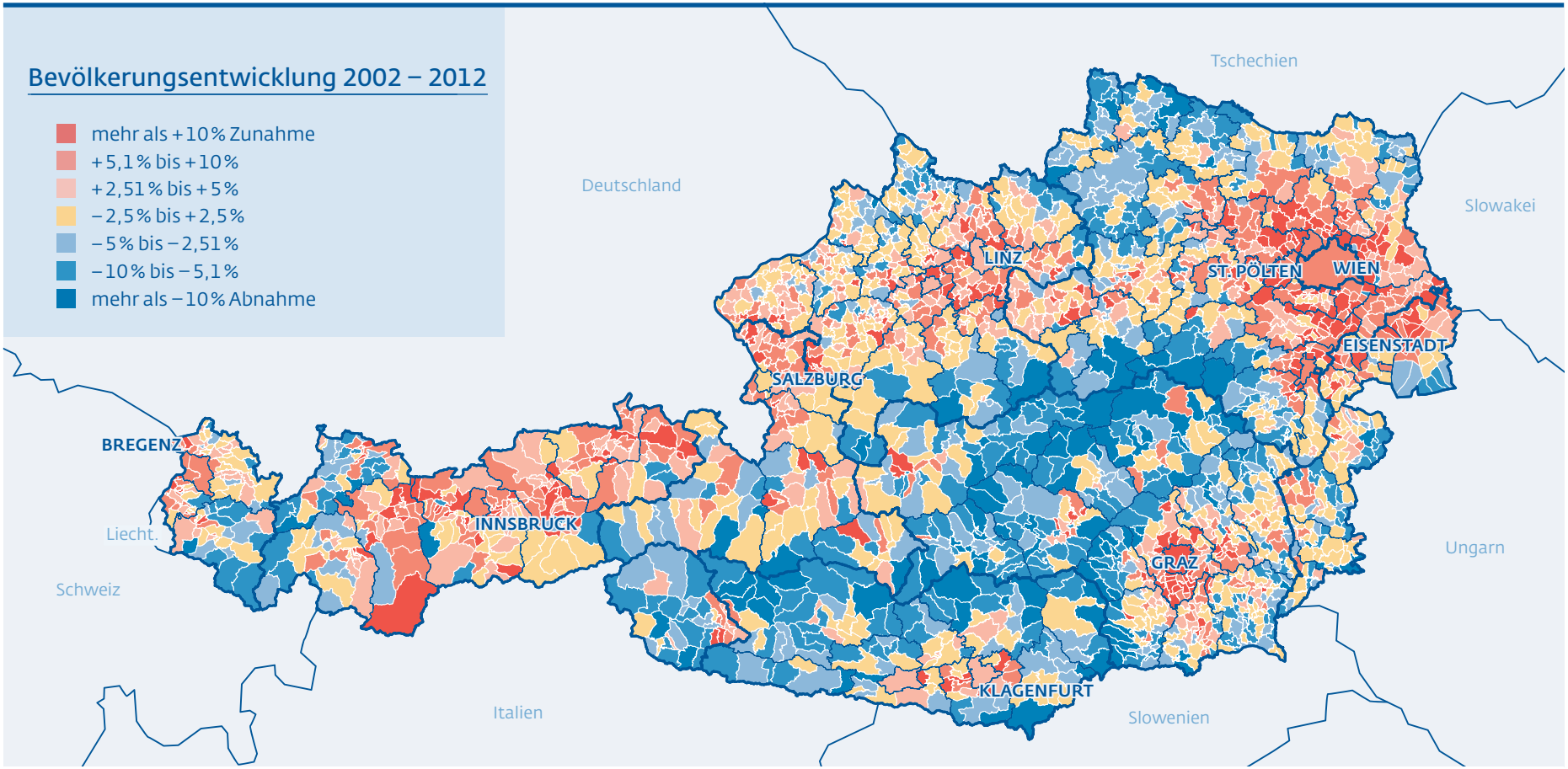
STADTREGIONEN: KERNZONEN UND AUSSENZONEN



Quelle: Statistik Austria – Großzählung 2001.

Die Abgrenzung der Stadtregionen, also die Zusammenfassung der Ballungszentren rund um die größeren Städte, erfolgt auf der Basis von Volkszählungsdaten. Die Stadtregionsabgrenzung 2001 umfasst eine **Kernzone** mit einer hohen Einwohner/innendichte, wobei neben der Einwohner/innendichte auch noch die Beschäftigtendichte mit berücksichtigt wurde, sowie eine **Außenzone** mit einem hohen Auspendler/innenanteil in die Kernzone.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsregister Stand 01.01.2012 sowie 01.01.2002; ArcData: Statistik Austria, Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV).

Die Bevölkerungsveränderung ergibt sich aus dem Zusammenspiel der Geburten- sowie der Wanderungsbilanz. Die **Geburtenbilanz** ist die Differenz von Lebendgeborenen und Gestorbenen, die **Wanderungsbilanz** die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung. Letztere hat maßgeblich Einfluss auf die Bevölkerungsveränderung. Da Städte im Bereich der Daseinsvorsorge viele Vorteile bieten, verzeichnen sie mehr Zuzüge als Wegzüge.

WIRTSCHAFTSLEISTUNG

Bruttoregionalprodukt je Einwohner/in 2011 in Euro

nach NUTS 3-Regionen [1] – Gebietsstand Jänner 2014 = 5.000 EUR

Linz - Wels	46.400
Wien	45.600
Salzburg und Umgebung	45.400
Bludenz - Bregenzer Wald	42.500
Wiener Umland - Süd	41.000
Außerfern	40.200
Graz	40.000
Innsbruck	38.400
Tiroler Oberland	37.000
St. Pölten	36.900
Rheintal - Bodensee	36.600
Tiroler Unterland	36.500
Steyr - Kirchdorf	35.700
Österreich Ø	**35.700**
Klagenfurt - Villach	35.600
Pinzgau - Pongau	34.500
Traunviertel	32.000
Östliche Obersteiermark	30.500
Innviertel	28.900
Liezen	28.500
Lungau	27.800
Mostviertel – Eisenwurzen	27.000
Osttirol	26.600
Nordburgenland	26.000
Wiener Umland - Nord	25.900
Westliche Obersteiermark	25.800
Unterkärnten	25.700
Niederösterreich Süd	25.400
Oberkärnten	25.000
West- und Südsteiermark	24.900
Waldviertel	24.800
Oststeiermark	24.700
Südburgenland	21.800
Mittelburgenland	21.500
Mühlviertel	21.300
Weinviertel	19.500

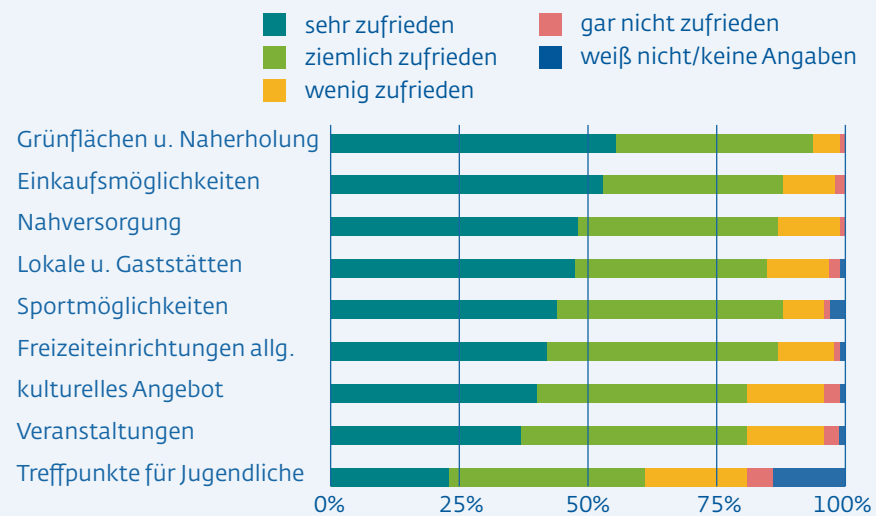
Quelle: Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen erstellt am 20.12.2013.– [1] NUTS 3 teilt Österreich in drei Bereiche: Ostösterreich mit 11 Regionen, Südösterreich mit 9 Regionen und Westösterreich mit 15 Regionen.

Die **Wirtschaftsleistung** ist regional sehr unterschiedlich. Stadtregionen haben im Vergleich zu ländlichen Gebieten eine wesentlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf. Das Angebot von Arbeitsplätzen, vor allem im Dienstleistungsbereich, ist groß. Löhne und Gehälter sind meist höher als in ländlichen Regionen. Wirtschaftsleistung und Einkommen sind jedoch nicht die einzigen Parameter für hohe Lebensqualität.

LEBENSQUALITÄT

Zufriedenheit mit dem Angebot in der Wohngemeinde

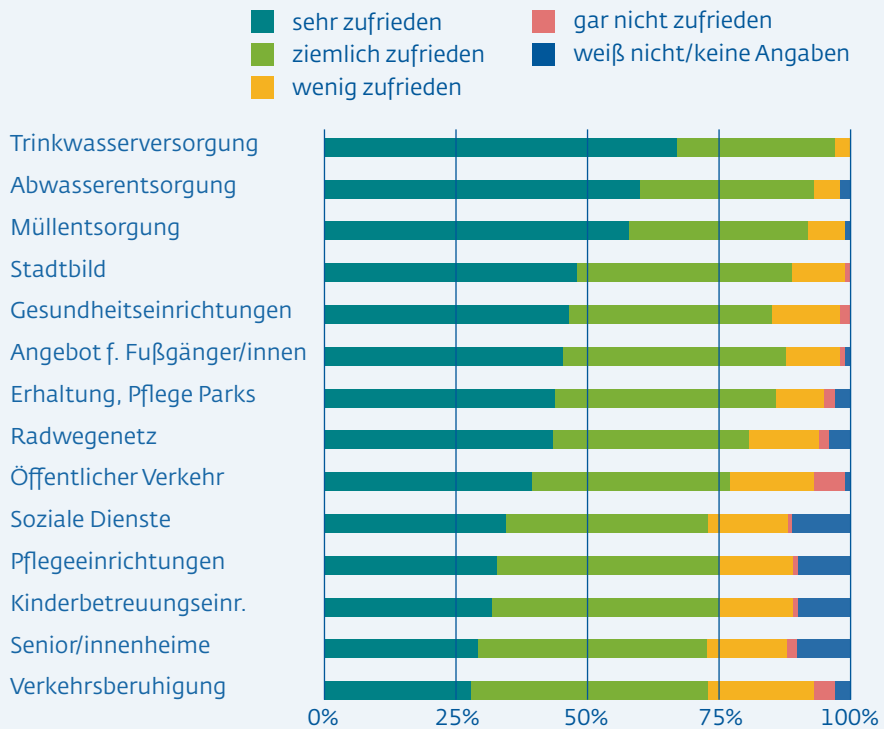
Einkaufen, Erholung und Freizeit



Quelle: SORA-Umfrage „Städtebarometer 2014" im Auftrag des Österreichischen Städtebundes.

Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen

Städtebarometer 2014

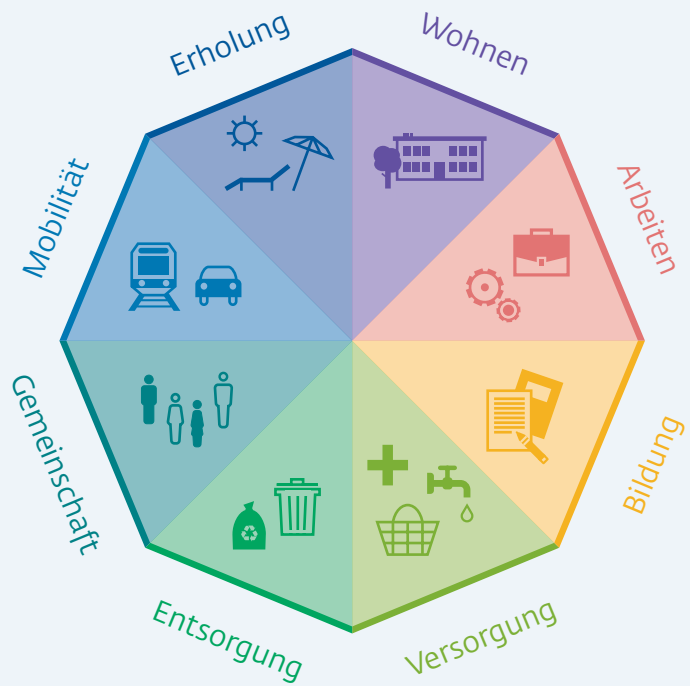


Quelle: SORA-Umfrage „Städtebarometer 2014" im Auftrag des Österreichischen Städtebundes.

Bereits 45 % der österreichischen Bevölkerung leben in einer der 73 Städte mit 10.000 und mehr Einwohner/innen. Der Trend „Hinein in die Stadt" wird sich weiter fortsetzen. Beweggründe, um in die Stadt zu ziehen, sind meist Lebensqualität, Bildung, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Vor allem **Frauen** finden in der Stadt aufgrund der unterstützenden kommunalen Dienstleistungen gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

FUNKTIONEN UND AUFGABEN

Daseinsvorsorge



Die Leistungen der sog. **Daseinsvorsorge** betreffen alle Bereiche des täglichen Lebens: Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Freizeitangebote, Schulen, Kindergärten, Verkehr etc. Es sind öffentliche Dienstleistungen, die Städte und Gemeinden im Dienste aller Bewohner/innen täglich zur Verfügung stellen.

AUFGABEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

EIGENER WIRKUNGSBEREICH
Gemeindeautonomie; Selbstverwaltung
gesetzlich gewährleistete Aufgaben

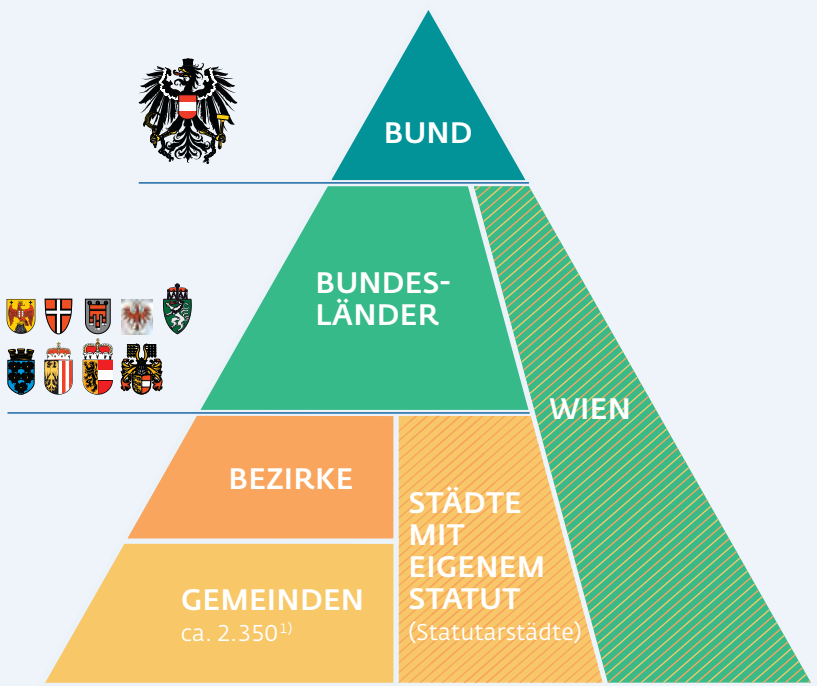
ÜBERTRAGENER WIRKUNGSBEREICH
keine Autonomie
Verwaltungsaußenstelle

Hoheitsverwaltung Beispiele	Privatwirtschaftsverwaltung Beispiele	im Auftrag des Bundes oder des Landes Beispiele
örtliche Raumplanung	Wasserversorgung	Standesamt (Geburten-, Ehe- und Sterbebuch)
Gemeindestraßen, Winterdienst	Abwasserentsorgung	Staatsbürgerschaftsevidenz
Schulerhalter	Müllentsorgung	Meldewesen
Kinderbetreuung	Gemeindewohnungen	Wahlen
Gemeindefinanzen	Veranstaltungszentren	Vollziehung von Aufgaben der Straßenverkehrsordnung
Bau- u. Sicherheitspolizei		
Friedhöfe		

Um die **Daseinsvorsorge** sicherstellen zu können, übernehmen Städte und Gemeinden zunehmend mehr Aufgaben. Sowohl eigene – freiwillige und gesetzlich vorgeschriebene – als auch Aufgaben, die den Gemeinden von Bund und Ländern übertragen werden.

VERWALTUNGSEBENEN UND GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

Verwaltungsebenen



[1)] *Stand Sommer 2014*

Bund, Länder und Gemeinden sind die sogenannten Gebietskörperschaften. Als Gemeinde bezeichnet man die kleinste sich selbst verwaltende politische Einheit.

DIE GRÖSSTEN GEMEINDEN NACH ANZAHL DER EINWOHNER/INNEN

Bundesland	Gemeinde	Einwohner/-innen 2003	Einwohner/-innen 2013	Veränderung in %
W	Wien	1.592.846	1.741.246	+9,3
STMK	Graz	235.485	265.778	+12,9
OÖ	Linz	183.827	191.501	+4,2
S	Salzburg	143.008	145.871	+2,0
T	Innsbruck	112.938	122.458	+8,4
K	Klagenfurt	91.147	95.450	+4,7
K	Villach	57.440	59.646	+3,8
OÖ	Wels	57.473	58.882	+2,5
NÖ	St. Pölten	49.250	51.926	+5,4
V	Dornbirn	42.766	46.425	+8,6
NÖ	Wiener Neustadt	38.181	41.701	+9,2
OÖ	Steyr	39.111	38.140	−2,5
V	Feldkirch	28.926	31.026	+7,3
V	Bregenz	26.704	28.072	+5,1
OÖ	Leonding	22.449	26.053	+16,1
NÖ	Klosterneuburg	24.563	25.918	+5,5
NÖ	Baden	24.706	25.224	+2,1
K	Wolfsberg	25.308	24.978	−1,3

Quelle: Statistik Austria. – Bevölkerungsstand 01.01.2003 und 01.01.2013

Statutarstädte sind Städte mit Bezirksverwaltungsagenden. Neben den Landeshauptstädten (außer Bregenz) sind noch folgende Städte Statutarstädte: Krems, Rust, Steyr, Villach, Waidhofen a.d. Ybbs, Wels und Wiener Neustadt.

FINANZAUSGLEICH

Finanzausgleich

Der Finanzausgleich – der Österreichische Städtebund ist Partner in den Finanzausgleichsverhandlungen – regelt die Verteilung der Finanzmittel auf die Gebietskörperschaften: Bund, Länder und Gemeinden. Die bestehenden zahlreichen Transfer- und Kompetenzverflechtungen sind dabei historisch gewachsen.

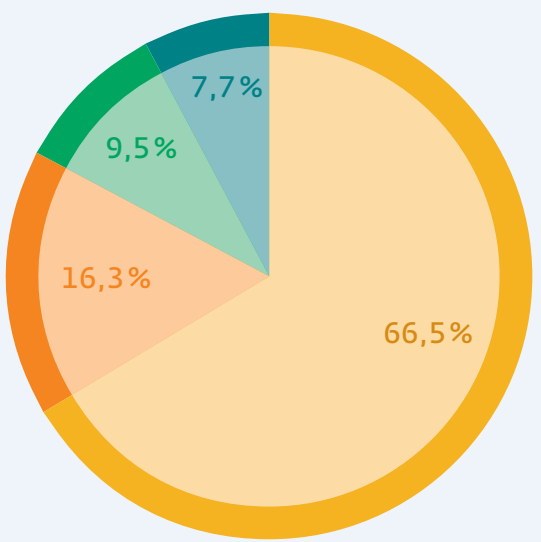
- **Die Ertragsanteile:** Die wichtigsten Einnahmen der Gemeinden im Finanzausgleich sind die Ertragsanteile. Das sind die Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wie etwa Umsatz- und Einkommensteuer. Die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden ist dabei sehr komplex und basiert zu einem großen Teil auf dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel – d. h. große Städte bekommen pro Kopf mehr als kleine Gemeinden.

- **Die Transfers:** Zusätzlich erhalten die Gemeinden über den Finanzausgleich Transfereinnahmen (z.B. Investitionsbeiträge, laufende Förderungen für Schulen), müssen aber auch Transfers zahlen, vor allem Finanzierungsbeiträge an die Länder für Sozialhilfe und Krankenanstalten. Transfers verändern die ursprünglichen Ertragsanteile beträchtlich.

- **Der Stabilitätspakt:** Der Österreichische Stabilitätspakt legt die EU-weiten Vorgaben zu Schulden- und Ausgabenbremse auf die Gebietskörperschaftsebenen um. So verpflichten sich die Gemeinden, beispielsweise keine neuen Schulden zu machen und ihre Ausgaben nur in einem moderaten Bereich wachsen zu lassen.

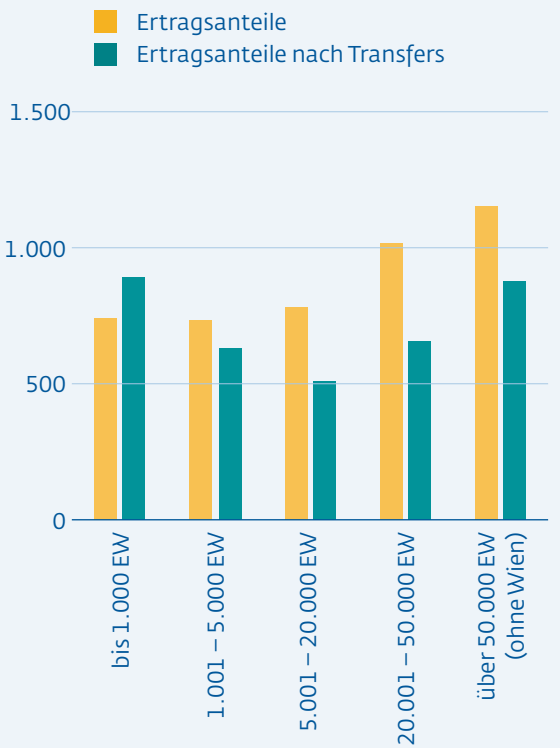
Verteilung der Ertragsanteile
auf die Gebietskörperschaften

Bund:	44.353 Mio.
Länder o. Wien:	10.850 Mio.
Gemeinden o. Wien:	6.319 Mio.
Wien:	5.115 Mio.
Insgesamt:	**66.637 Mio.**



Quelle: Statistik Austria 2013, KDZ – eigene Berechnungen 2014.

Ertragsanteile und Transfers
in Euro pro Kopf nach Gemeindegrößen



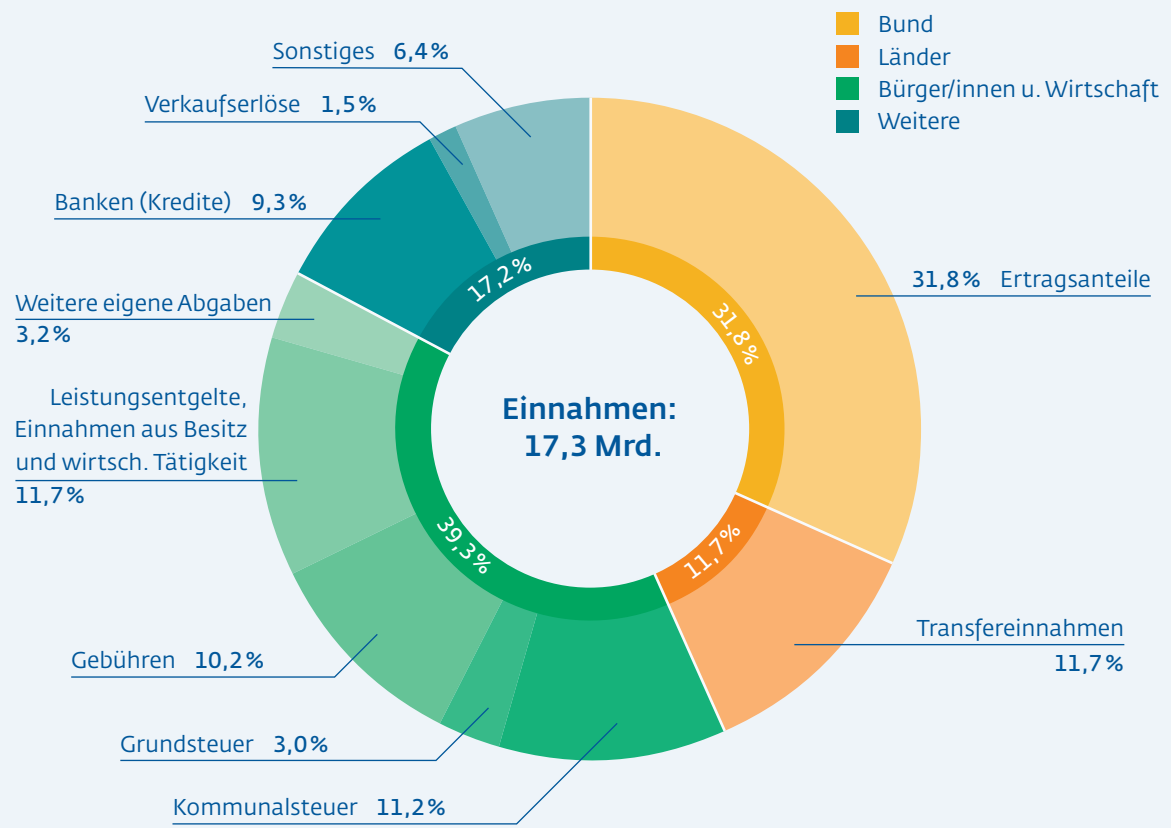
Quelle: KDZ – eigene Berechnungen 2014.

GEMEINDEEINNAHMEN

Woher kommt das Geld?

- **Ertragsanteile:**
  Anteil der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (z.B.Umsatzsteuer, Lohnsteuer).
- **Transfereinnahmen:**
  Finanzierungs- und Investitionszuschüsse von Bund und Ländern.
- **Kommunalsteuer:**
  Ist von dem/der Arbeitgeber/in zu bezahlen und ist abhängig von der Lohnhöhe.
- **Grundsteuer:**
  Ist von dem/der Grundbesitzer/in zu bezahlen und von der Grundstücksbewertung abhängig.
- **Gebühren:**
  Fallen für Bürger/innen v. a. in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Müllbeseitigung an und sind vom Verbrauch abhängig.
- **Leistungsentgelte und Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit:**
  z. B. Beiträge für die Kinderbetreuung oder Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.
- **Banken:**
  Einnahmen v. a. aus Darlehensaufnahmen sowie der Auflösung von Rücklagen und Wertpapieren.
- **Verkaufserlöse und sonstige Einnahmen:**
  Einnahmen durch Verkauf von Grundstücken und Gebäuden, aus Gewinnentnahmen oder sonstigen Transfers.

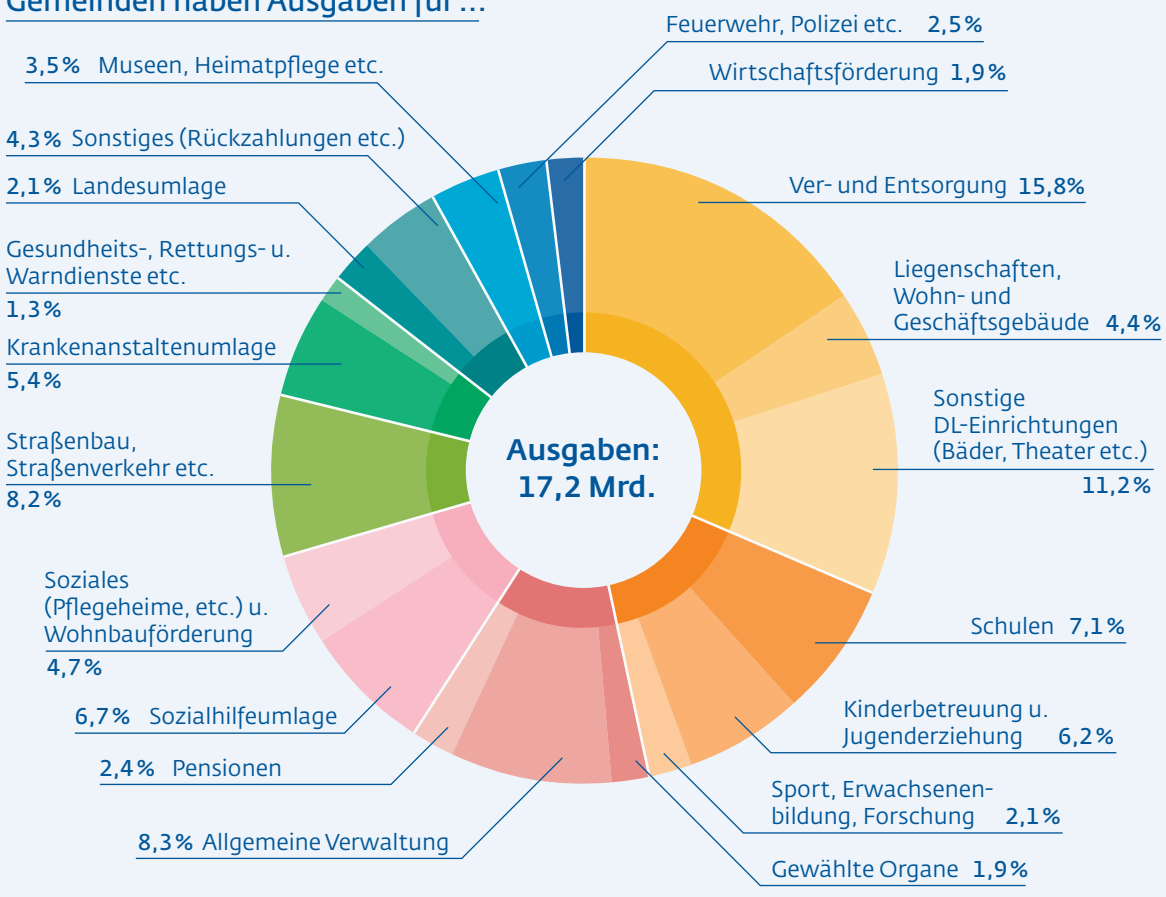
Einnahmequellen der Gemeinden



Quelle: Statistik Austria – Gemeindefinanzdaten 2012, KDZ – eigene Berechnungen 2014; ohne Wien.

GEMEINDEAUSGABEN

Gemeinden haben Ausgaben für …



Quelle: Statistik Austria – Gemeindefinanzdaten 2012, KDZ – eigene Berechnungen 2014; ohne Wien.

- 31,4% Dienstleistungen
- 15,4% Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft
- 12,6% Vertretungskörper u. allgemeine Verwaltung
- 11,4% Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
- 8,2% Straßen- und Wasserbau, Verkehr
- 6,7% Gesundheit
- 6,4% Finanzwirtschaft
- 3,5% Kunst, Kultur und Kultus
- 2,5% Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- 1,9% Wirtschaftsförderung

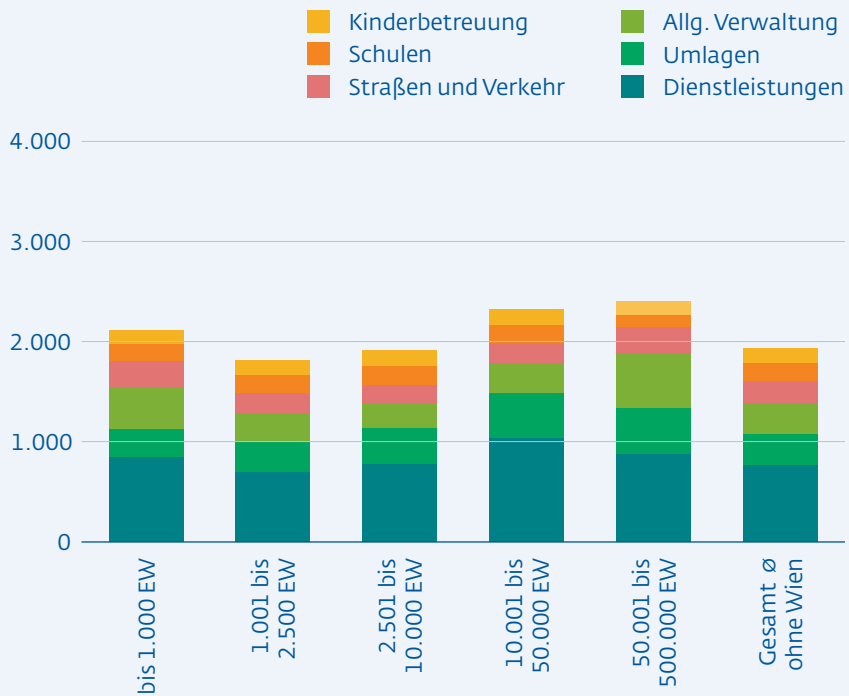
Wichtige ausgewählte Aufgabenbereiche:

- **Dienstleistungen:** insb. Wasserver- und Abwasserentsorgung, Müllbeseitigung, Straßenreinigung, u. v. a. m.
- **Schulen:** Gemeinden sind Erhalter für den Pflichtschulbereich und müssen daher die Infrastruktur bereitstellen.
- **Kinderbetreuung:** Bereitstellung u. Erhaltung der Infrastruktur u. Beistellung des Personals (Ausnahme NÖ).
- **Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung:** Ausgaben für die Verwaltung der Gemeinden: insb. Personalausgaben, Ausgaben zu den gewählten Gemeindeorganen, Pensionen.
- **Umlagen:** Gemeinden leisten einen Finanzierungsbeitrag bei eigentlichen Landesaufgaben: insb. Landesumlage, Sozialhilfeumlage, Krankenanstaltenumlage.
- **Straßen und Verkehr:** Gemeinden sind für die Errichtung und Instandhaltung der gemeindeeigenen öffentlichen Verkehrsflächen verantwortlich; ebenso für den öffentlichen Personennahverkehr.

GEMEINDEAUSGABEN

Ausgaben nach Gemeindegrößen

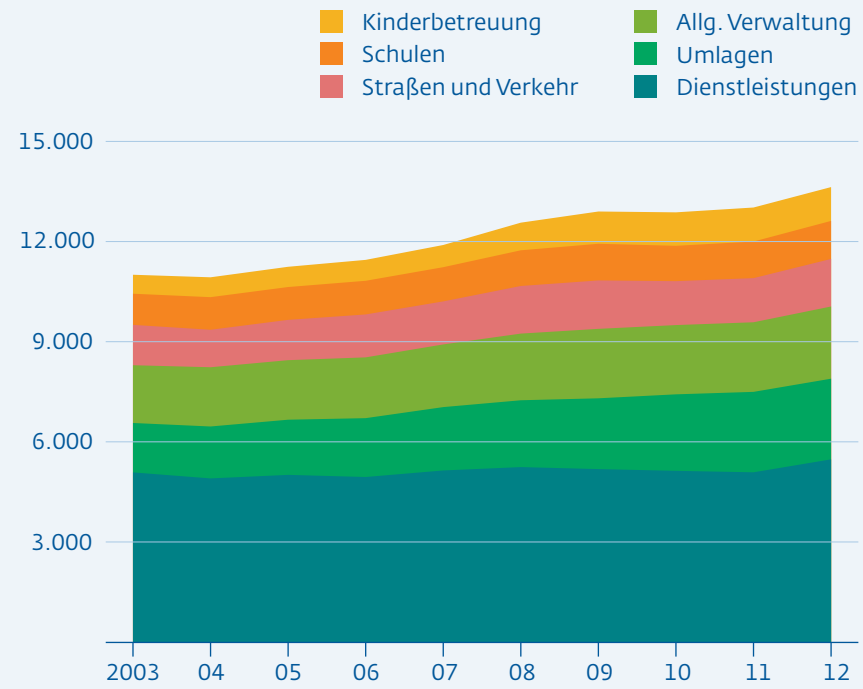
in Euro pro Kopf



Quelle: Statistik Austria – Gem.finanzdaten 2012, KDZ – eigene Berechn. 2014. – EW = Einwohner/-innen.

Entwicklung ausgewählter Aufgabenbereiche

in Mio. Euro



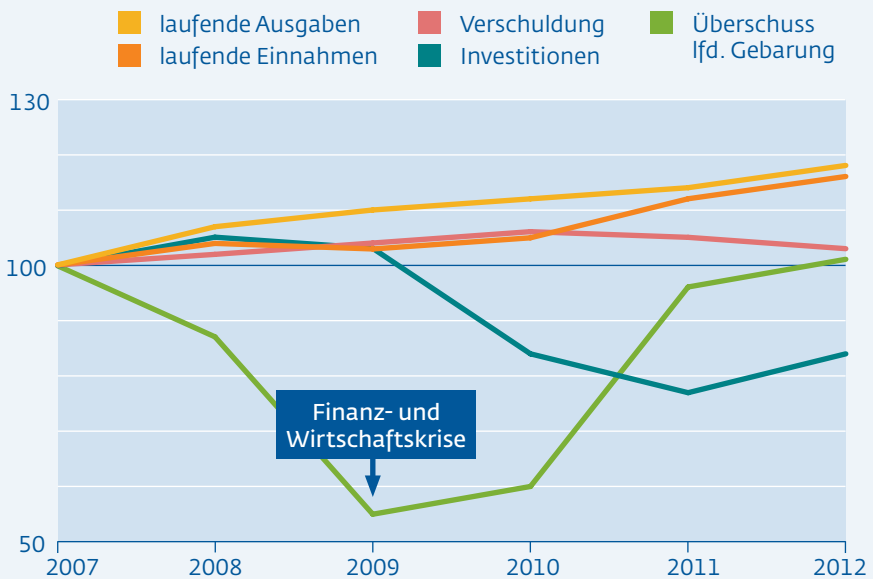
Quelle: Statistik Austria – Gemeindefinanzdaten 2012, KDZ – eigene Berechnungen 2014; ohne Wien.

Höhere Pro-Kopf-Ausgaben in der allgemeinen Verwaltung bei den Städten sind auf Mehrausgaben der Statutarstädte, also Städte mit Bezirksverwaltungsagenden, sowie auf unterschiedliche Pensionssysteme zurückzuführen. Höhere Pro-Kopf-Ausgaben bei den Kleinstgemeinden weisen auf ineffiziente Strukturen hin. Die Ausgaben für die verschiedenen Aufgabenbereiche steigen kontinuierlich.

GEMEINDEFINANZEN – Herausforderungen

Gemeindefinanzen in der Finanzkrise

Index 2007 = 100



Quelle: Statistik Austria – Gemeindefinanzdaten 2012, KDZ – eigene Berechnungen 2014.

Die **Gebarung** ist ein Teil des Rechnungsabschlusses, in welchem sämtliche laufenden Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen sind. Der **Überschuss** der laufenden Gebarung (= Differenz aus laufenden Einnahmen und Ausgaben) zeigt an, in welchem Ausmaß Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen. **Vor allem von 2008 bis 2010 sind die laufenden Ausgaben stärker gewachsen als die laufenden Einnahmen,** wodurch der Überschuss der laufenden Gebarung deutlich absackte. Dadurch konnte weniger investiert werden und die Verschuldung stieg. Jetzt ist eine Erholung sichtbar.

Zentrale Reformvorschläge

• Aufgabenorientierter Finanzausgleich
Im jetzigen Finanzausgleich wird sehr stark auf die Einwohner/innenzahl abgestellt, auf besondere Aufgabenerfordernisse wird jedoch kaum Rücksicht genommen. Im Finanzausgleich sollen daher auch sozio-demografische (z. B. Bevölkerungsentwicklung) und geografisch-topografische (z. B. Siedlungsdichte) Verteilungskriterien berücksichtigt werden.

• Transferentflechtung
Zusätzlich zu den Ertragsanteilen erhalten Gemeinden Transfers von den Ländern (z. B. für die Kinderbetreuung), zahlen jedoch auch Transfers an die Länder (z. B. für Krankenanstalten, Sozialhilfe). Dadurch ist das System sehr komplex und sollte vereinfacht werden. Dies bedeutet die Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung („Wer zahlt, schafft an."). Zum Beispiel wären dann Gemeinden alleine für Kindergärten verantwortlich, müssten jedoch auch nicht für Krankenanstalten und Sozialhilfe mitzahlen.

• Gemeindezusammenarbeit und regionales Denken
Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und eine verbesserte Abstimmung des Leistungsangebotes auf regionaler Ebene werden Einsparungseffekte und Qualitätssteigerungen bei der Leistungserbringung erwartet.

• Effizienzsteigerung
Da die finanziellen Spielräume der Gemeinden enger werden, müssen diese verstärkt sparen. Um dies zu erreichen gibt es mehrere Wege. Zu nennen sind beispielsweise eine Aufgabenkritik (Müssen alle Leistungen in der jetzigen Qualität erbracht werden?) oder eine verstärkte Wirkungsorientierung (Werden die richtigen Leistungen erbracht, um die Ziele zu erreichen?).

GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

Verstärkte Zuwanderung in städtische Regionen und Metropolen, Klimawandel und Umweltverschmutzung

Die Stadtentwicklung steht durch gesellschaftliche Tendenzen wie z. B. dem demographischen Wandel, der Globalisierung, der Verankerung der Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene (Lokale Agenda/Lokale Nachhaltigkeitsstrategie) sowie durch eine neue Beteiligungskultur (Bürger/innenbeteiligung) vor zentralen Herausforderungen.

Die größten Ballungsräume der Welt

Bevölkerung in Millionen

= 1 Mio. Einwohner/innen

bis 1960
bis 1980
bis 2000
bis 2020 (Prognose)

Land	Ballungsraum	Bevölkerung
Japan	1 Tokio	38,7
Indien	2 Delhi	29,3
China	3 Shanghai	26,1
Indien	4 Mumbai [1)]	23,7
Mexiko	5 Mexiko-City	23,2
USA	6 New York [2)]	22,5
Brasilien	7 Sao Paulo	22,2
China	8 Peking	20,8
Bangladesch	9 Dhaka	20,1
Pakistan	10 Karachi	17,1

Quelle: UN World Urbanization Prospects: The 2011 Revision. – [1)] früher Bombay, [2)] einschließlich Newark.

Die weltweite Landflucht und damit der Zuzug in urbane Zentren hält unvermindert an. Bis 2050 wird sich die Zahl der Menschen, die rund um den Globus in Städten leben, von drei auf sechs Milliarden verdoppeln. 70 % der Weltbevölkerung werden dann in Städten leben.

Die größten Städte in Europa

Bevölkerung in Millionen

= 1 Mio. Einwohner/innen

bis 1960
bis 1980
bis 2000
bis 2020 (Prognose)

Land	Stadt	Bevölkerung
Türkei	1 Istanbul	13,8
Russland	2 Moskau	12,5
Frankreich	3 Paris	11,7
Großbrit.	4 London	9,8
Spanien	5 Madrid	7,8
Spanien	6 Barcelona	6,2
Russland	7 St. Petersb.	5,1
Griechenland	8 Athen	3,7
Deutschland	9 Berlin	3,6
Italien	10 Rom	3,4

Wien 2020 (Prognose): 1,9

Quelle: UN World Urbanization Prospects: The 2011 Revision.

Schon heute werden 70 % der in Europa verbrauchten Energie in den großen Städten verbraucht. Diese produzieren 80 % der CO_2-Emissionen. Aber: in den Städten kann aufgrund der Dichte auch besonders effizient mit Ressourcen umgegangen werden. Darauf begründet sich die **→ Smart Cities Initiative.**

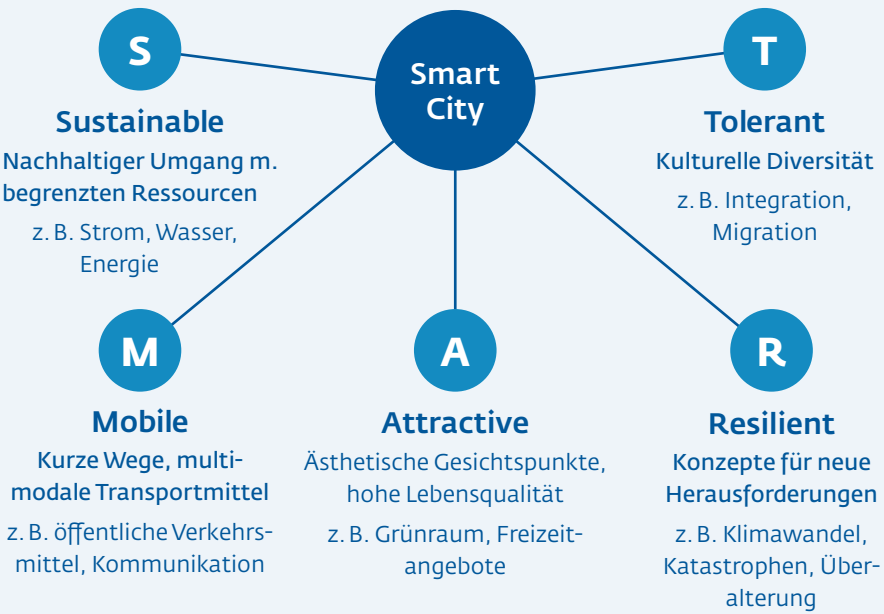
LÖSUNGSSTRATEGIEN – Nachhaltige Stadtentwicklung

Die drei Eckpfeiler der Nachhaltigkeit

Corporate Social Responsibility – CSR

Ökonomischer Erfolg mit **Sozialer Verantwortung** und **Ökologischer Vernunft**

Smart Cities



Mit dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro wurde Nachhaltigkeit als normatives, internationales Leitprinzip verankert. Daraus hervorgegangen ist auch die **Lokale Agenda 21**, ein Handlungsprogramm, das eine Stadt oder Region in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll. Die EU beschloss in diesem Zusammenhang 2007 die **„Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt(entwicklung)"**.
Die Herausforderungen für Städte des 21. Jahrhunderts liegen vor allem in einer zielgerichteten Stärkung der Ökonomie als Basis für soziale Gerechtigkeit und in einem schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Smart Cities folgen diesem Ansatz und bedienen sich dabei der Möglichkeiten der IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie), um ihren Bürgerinnen und Bürgern urbane Lebensqualität zu garantieren. Wichtig sind unter anderem die Effizienz des Energiesystems (z. B. die Versorgung mit sauberer erneuerbarer Energie), die Erbringung von netz- und infrastrukturbestimmten Dienstleistungen (z. B. Kanal, Energieversorgung, Telekommunikation, Wasserversorgung) und die Erbringung personeller Dienstleistungen (z. B. Bildung, Pflege, Kinderbetreuung) für die Einwohner/innen.

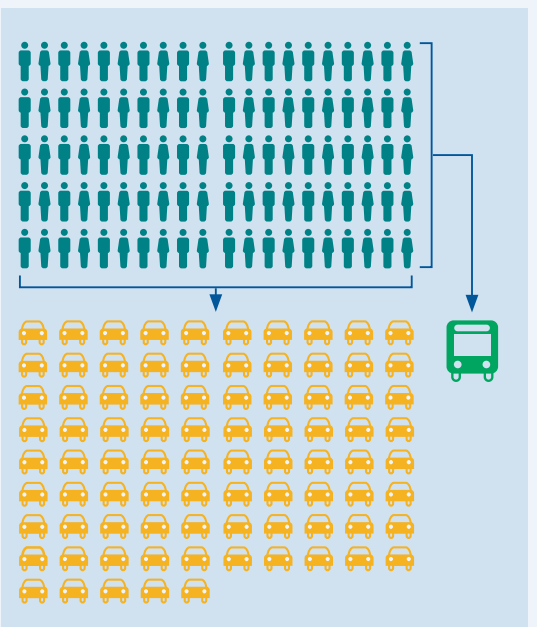
NACHHALTIGE MASSNAHMEN – Bereich Mobilität

Städte reagieren auf Herausforderungen

- **Anpassung an die Klimaerwärmung**
  - Entsiegelung von Flächen
  - Begrünung von Dächern und Hauswänden
  - Forcierung der Elektromobilität und alternativer Kraftstoffe
  - Low Emission Zones / Umweltzone
- **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie Vorrang für den sauberen und platzsparenden Langsamverkehr**
  - Tempo-30-Zonen
  - Mehr Fußgänger/innenzonen und Fahrradwege
  - Einführung von Begegnungszonen
  - Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
  - Parkraumbewirtschaftung und Kurzparkzonen
  - City Maut bzw. Zonen- und Zufahrtsbeschränkung
- **Priorität: Sicherheits- und Mobilitätsbedürfnisse**
  - Für ältere Menschen
  - Für Kinder und Jugendliche
  - Für behinderte Menschen

Mehr Lebensqualität durch platzsparende Mobilität

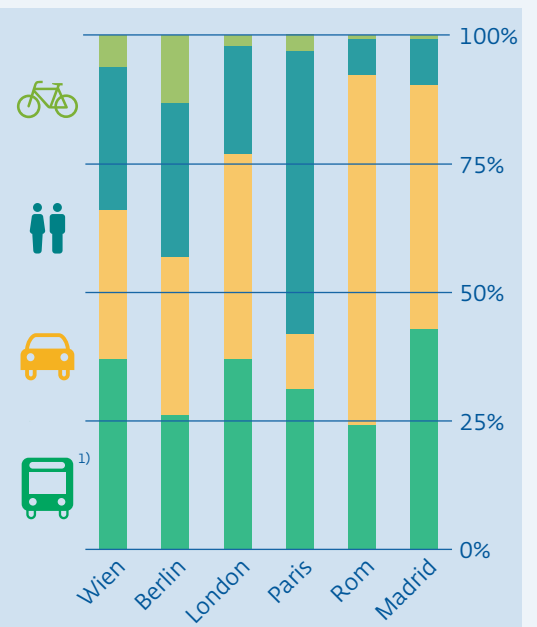
100 Personen => **85** Autos **oder** **1** Bus



Belegungsgrad pro Fahrzeug = 1,17 Personen

Verkehrsmittelnutzung

Als **Modal Split** bezeichnet man die Aufteilung der Verkehrsmittelnutzung auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (Modi).



Quelle: Die Presse – 16.7.2012; – [1] gesamter Öffentlicher Verkehr.

Durch die Wahl ihres Verkehrsmittels bestimmt die Bevölkerung die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes wesentlich mit. Um ein Umsteigen vom Auto zu ermöglichen, müssen andere Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Durch Investitionen in den Öffentlichen Verkehr (ÖV) und das Radnetz leisten Städte einen wichtigen Beitrag zu mehr Lebensqualität.

Impressum

© Medieninhaber und Herausgeber
Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Vogelsanggasse 36, A-1050 Wien,
Tel.: 01 / 545 25 51, Fax: 01 / 545 25 51-55
E-mail: wirtschaftsmuseum@oegwm.ac.at,
Internet: http://www.wirtschaftsmuseum.at

ISBN: 978-3-902856-22-7

Hersteller:
Druckerei Janetschek GmbH
Brunfeldstraße 2, A-3860 Heidenreichstein

Ausgabe 2014

wirtschaftsmuseum

Eine Information des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Zusammenarbeit mit und gefördert vom Österreichischen Städtebund.

Fotos:

Vorwort: Kunsthaus Graz © Graz Tourismus/Schiffer
Uhrturm © Graz Tourismus/Schiffer

Seite 1: Graz © Österreich Werbung/Homberger

Seite 4: Linz © Österreich Werbung/Steininger

Seite 5: Ars Electronica © Stadt Linz

Seite 8: Eisenstadt © Eisenstadt Tourismus/Helminger

Seite 12: Viehofner Seen © Magistrat St. Pölten/ Vorlaufer, St. Pölten © Magistrat St. Pölten/Vorlaufer

Seite 13: Regierungsviertel © Magistrat St. Pölten/ Vorlaufer

Seite 16: Klagenfurt © Kärnten Werbung/Steinthaler

Rest: fotolia.com

PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at
PEFC/06-39-03

Hergestellt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“
Druckerei Janetschek GmbH · UWNr. 637

oekostrom
die echte Alternative